

Rettungswesen

Mannheim will ein Mitspracherecht

Johanna Eberhard, 15.10.2014 18:56 Uhr



Grund zur Sorge: die Hilfsfristen werden in Mannheim nicht immer eingehalten Foto: dpa

Mannheim - Die Mängel im Rettungswesen in Mannheim sind offenbar deutlich größer als bisher bekannt. Nachdem der Gemeinderat entsprechende Vorwürfe erhoben hat, will jetzt die Staatsanwaltschaft prüfen, ob es im Zusammenhang mit der Arbeit der Einsatzleitstelle einen Anfangsverdacht für Straftaten gibt. Im Mittelpunkt der Kritik der Kommunalpolitiker stehen die Einhaltung von Fahrfristen, die personelle Ausstattung der Notfallrettung und Zweifel an der Leistungsfähigkeit der für die Stadt zuständigen Integrierten Leitstelle in Ladenburg (Rhein-Neckar-Kreis), die vom Roten Kreuz und dem Landkreis getragen wird.

Christian Specht (CDU), als Erster Bürgermeister und Sicherheitsdezernent der Stadt für das Thema zuständig, hat eine externe Untersuchung der Zentrale und der Abläufe dort gefordert. Darüber hinaus müsse die Stadt Sitz und Stimme in dem für das Rettungswesen der Region zuständigen Bereichsausschuss der Krankenkassen und Rettungsorganisationen bekommen, sagte er. „Dass das Thema in Baden-Württemberg allein der Selbstverwaltung überlassen wird, ist ein Webfehler im Rettungsdienstgesetz des Landes“, sagte Specht auf Anfrage der Stuttgarter Zeitung. Dies führe oft „nur zu suboptimalen Ergebnissen“.

Stadt- und Landkreise sollten zuständig sein

Wenn sich die Lage nicht rasch bessere, sollte man deshalb die primäre Zuständigkeit für das Rettungswesen – wie etwa in Rheinland-Pfalz und Hessen – künftig auf die Stadt- und Landkreise übertragen.

Über die Qualität der Notfallrettung diskutieren Kommunalpolitiker, Experten und Bürger in Mannheim verstärkt, seit im September erste Ergebnisse eines bisher unveröffentlichten Gutachtens des zuständigen Ausschusses bekannt geworden sind. Demnach werden die vorgeschriebenen Rettungsfristen in der Stadt oft nur deshalb eingehalten, weil Mitarbeiter aus benachbarten Wachen einspringen oder der Rettungshubschrauber fehlende eigene Notarztwagen ersetzt.

Darüber hinaus hat jüngst der „Mannheimer Morgen“ unter Berufung auf einen Mitarbeiter der Ladenburger Leitstelle berichtet, es gebe dort „massive Probleme“. Vor allem nachts und an Wochenenden würden Anrufe aufgrund personeller Engpässe nur verzögert abgearbeitet und Rettungsfahrzeuge verspätet losgeschickt. Im Vertretungsfall könne es vorkommen, dass ein nicht ortskundiger Kollege einen Einsatz in Mannheim veranlassen müsse, was „oft in die Hose“ gehe. Im Gegensatz zu anderen Leitstellen werde in Ladenburg nicht nach einem standardisierten Abfragesystem gearbeitet. Darüber hinaus führten Hektik und fehlende Ausbildung von Mitarbeitern zu krassen Fehleinschätzungen von medizinischen Notlagen von Anrufern.

Gemeinderäte kritisch angesichts der Verhältnisse

Im Sicherheitsausschuss des Gemeinderats äußerte ein Experte der Stadt zudem Zweifel an den Hilfsfristen, die das vorliegende Gutachten des Bereichsausschusses ergeben hat. Die tatsächlichen Zahlen seien „eigentlich noch schlimmer“, sagte er, denn in dem Gutachten seien offensichtlich zur Berechnung der Fristen nicht der Zeitpunkt des Notrufs, sondern der des Abrückbefehls zugrunde gelegt worden. Vertreter aller Fraktionen äußerten deutliche Kritik an den Verhältnissen. „Unser Problem ist die Qualität der Leitstelle und des Rettungsdienstes“, erklärte Specht. „Unnötige Verzögerungen bei Notrufen gefährden die Sicherheit der Menschen in Mannheim und der Region, daher müssen wir die Vorwürfe umfassend prüfen.“

Bei der jüngsten Kundendemonstration hat der Bürgermeister die Probleme selbst erlebt. Während der Kundgebung auf dem zentralen Paradeplatz war ein Fahrgast in einer Straßenbahn zusammengebrochen, die Bahn blieb stehen, andere stauten sich dahinter, das Rettungsfahrzeug ließ auf sich warten. Als es schließlich eintraf, bog der offensichtlich ortskundige Notfallretter vor dem Platz falsch ab und entschwand in den benachbarten Quadranten. Am Ende sei die Feuerwehr, die später zusätzlich gerufen worden sei, vor dem Notfallfahrzeug da gewesen, berichtet Specht. „Das ist für eine Stadt wie Mannheim nicht tragbar. Wir müssen daher klären, wie die Sicherheitsinteressen der Bevölkerung besser gewahrt werden können.“